



Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein; Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3668-3678, Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660. Wochentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestelleg.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: monat-Zelle 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: monat-Zelle 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Koestraße 12-22.

10 Pf. - Nr 615 - B 304

MITTWOCH, 31. DEZEMBER 1930

ABEND-AUSGABE - V

Brüning gibt Rechenschaft

Neujahrs-Gedanken des Reichskanzlers

Der Reichskanzler Dr. Brüning übergibt der Öffentlichkeit seinen „Neujahrsbesonders 1931“ überdrückten Aufsatz, in dem er gleichsam Neujahrsgrüße ablegt über den Stand seiner Arbeit. Er schreibt u. a.: „Das Jahr 1930 war ein schweres Jahr, das uns viel zu schaffen machte. Depression und Krisis der Finanzen nährten das Mißtrauen in unsere Rolle, ob das Leben und das Wohlbefinden unserer Nation mit der gegebenen verfassungsmäßigen Ordnung der politischen Verhältnisse zu leben gewährleistet seien. Es wurden Bewegungen groß, die über dieses Mißtrauen hinaus die prinzipielle Ordnung unserer politischen Verhältnisse als des Rückgrats des Staates und der Nation schuldlos auflösten und sich anheißig machten. Volk, Staat und Kultur aus ihren Grundfesten, ihrem Blute und ihrer Tradition zu reißen zu können. Große Bewegungen waren vorzunehmen. Es zeigen sich heute einige Züge nach einer politischen Neuordnung, weil denn die Umgestaltung zu möglich ist.“

weife, und ich sage es ausdrücklich dabei, keineswegs nur durch die Tätigkeit der politischen Organe, sondern mindestens ebenso sehr durch die Tätigkeit und Ordnungsgewalt oder Vermittlung in Stadt und Land vor den Katastrophen bemerkt geblieben ist, die zeitweilig ernsthaft drohten. Wenn es aber heute gibt, die zu betonen und auszuwerten, wir stehen ja schon mitten in der großen Katastrophe dazu, so kann man demgegenüber nur sagen: Es müssen nicht, was sie reden.“

Wenn ich an der Schwelle zum neuen Jahre uns allen und mit politisch einem ganz tiefen und großen Willen beziehe, kann ich es dieses: möge unser Volk in seiner Gesamtheit, also in allen Schichten, Berufen und Ständen und Lebensaltern zunehmend in der Fähigkeit und Geduld, seine großen Anlagen und unerschöpflichen Kräfte richtig zu behandeln und einzeln — besonders im Politischen — möge es also einsehen, daß alle praktische Politik Aufbau ist, daß aber alles Aufbauen nicht darin besteht, daß alles zugleich getan wird, sondern daß ein Stein für ein andern liegt. Ferner mit Maß halten nicht nur im Politischen selbst, sondern auch in den Forderungen an unsere Politik. Die Aufgaben, die diese uns stellt, sind nicht nur, mit ihnen sie ja auch nur einen Augenblick — gleichfalls im Augenblicke — im Frühjahre des neuen Jahres betradet. Wir begreifen jedes Jahr als Männer mit Erfahrung und Hoffnung und werden uns morgen wieder dem unvollendeten Werke zuwenden.“

Unser Heer

Reichspräsident von Hindenburg hat, wie bisher stets zum Jahreswechsel, einen Erlaß an die Wehrmacht gerichtet. Während jedoch zumeist meist in dem Glückwunschkreis für das neue Jahr nur ein Dank für die geleistete Arbeit verbunden war, nimmt der diesjährige Erlaß Bezug auf das zehnjährige Bestehen der deutschen Reichswehr in ihrer durch den Vertrag von Versailles festgelegten Form.

Es ist keine rechte Zeit, um Jubeln zu feiern. Das hilft heute jeder in Deutschland, und das werden die Angehörigen der deutschen Reichswehr besonders stark empfinden, wenn sie am Neujahrstage 1931 auf die zehn Jahre zurückblicken, die seit dem Abfall der Neuauflistung des Reichsheeres nach den Vorschriften des Versailler Vertrages verstrichen sind. Zehn Jahre besteht unter 100.000-Mann-Heer, deren Rahmen von unfern bannigen Gegnern in Versailles so eng geplant wurde, daß die „Friedenst“ besonders unter den französischen Militärs die Hoffnung hatten, den Wert der deutschen Landesverteidigung für die Zukunft auf ein völlig bedeutungsloses Minimum herabgedrückt zu haben. Daß unsere Gegner mit der Wehrverfassung und all den anderen militärischen Vorschriften des Versailler Vertrages uns etwas antaten, was sie selbst als dem natürlichen deutschen Empfinden widersprechend betrachteten, beweisen sie durch das empfindliche Gehen ihrer Militärkontrolle, das sie jahrelang über ganz Deutschland operierten, um jede Ratione und jede Granate zu erschöpfen, die nicht durch den erstauten minimalen Bestand hinaus gegeben sein konnte.

Unter diesen äußeren Bedingungen ist die neue Wehrmacht der deutschen Republik geschaffen worden, unter diesen Bedingungen mußte sie arbeiten; und wenn heute sich wieder die Offiziere jener oder Armeen der Welt an den deutschen Mannschaften teilnehmen, um so sehen und zu lernen, so ist diese eine Tatsache wohl der beste Beweis dafür, daß trotz aller Bemerkungen die Reichswehr in den zehn Jahren ihres Bestehens eine Arbeit geleistet hat, auf die sie stolz sein darf. Diese Arbeit auf militärischem Gebiet ist in Deutschland heute noch anerkannt, modern und mit Respekt, denn obwohl sich mit den Goldbärenbeuten, die in der Wehrmacht gepflückt werden, nicht bieten.

Sindenburg an Brüning

Reichspräsident von Hindenburg hat an den am kurzen Urlaub weilenden Reichskanzler Dr. Brüning nachstehendes Telegramm nach Badenweiler geschickt:

„In teuem Gedanken spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche für erfolgreiche Arbeit und persönliches Wohlergehen im neuen Jahre aus. Mit freundlichen Grüßen gez. von Hindenburg.“

Um den Vorhug der Genfer Ratstagung

Die Sondierungen in London noch nicht abgeschlossen

Die immer wieder und neuerdings aus dem Geis aufzufindenden Meldungen, in denen behauptet wird, daß die deutsche Regierung bereits auf den Vorhug in der Annäherung des Bitterbundes verzichtet habe, sind in dieser Form unzutreffend. Es handelt sich nicht um einen Vorhug, sondern um einen Einzug mit England in den Vorhug der Ratstagungen in Genau und Wien. Auch sind die in London geführten Sondierungen in dieser Frage noch gar nicht abgeschlossen. Es ist aber anzunehmen, daß ein solcher Einzug zustande kommen wird.

Dagegen wird einer anderen Genfer Angelegenheit nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt. Es handelt sich dabei um die Neuabgrenzung der Materieverwaltung beim Bitterbundsvertrag, die den ein deutlicher Vertreter in Frage kommt. Dieser Vorhug ist wichtig, weil kein Zweifel die Befragung kannter unteren Bitterbunden beim Bitterbundsvertrag ist. Dieser wurde bisher von einem Anwaltener verweigert. Im Augenblick bemüht sich Frankreich sehr lebhaft um ihn.

Schiedspruch für die rechtsrheinische Textilindustrie

WUPPERTAL, 31. DEZEMBER

Der staatliche Schlichtungsausschuß für das Bergische Land fällt am Dienstagabend unter Vorhug des Bitterbundes Dr. Brangard nach vier tagelangen Verhandlungen einen Schiedspruch über die Höhe in der Textilindustrie des rechtsrheinischen Bergischen. Danach sollen von 18. Januar 1931 ab die Schlichte um 7,5 Prozent werden. Diese Regelung soll zunächst bis zum 15. Juni 1931 gelten. Die Gefährdungslage läuft bis zum 7. Januar. Von dem Schlichtungsanspruch werden mehr als 40.000 Arbeiter betroffen.

Keine Regierungszusage an die Zechenbesitzer

Der Lohnkonflikt im Ruhrbergbau

In Zusammenhang mit dem Schlichtungsdruck ist verschiedentlich die Behauptung aufgetaucht, die Reichsregierung habe den Zechenbesitzern eine nach schrittweiser Schlichtung sehr zugelegt. Selbst das die Schlichtung nicht zuständige Reichsarbeitsministerium wird hingegen höflich, daß es eine bestimmte Zusage nicht geben hat und auch angeht die gefällig verbrieften Unabhängigkeit der Schlichtungsstelle gar nicht hätte geben können.

Die Zuspitzung des Lohnkampfes im Ruhrbergbau wird im Reichsarbeitsministerium mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, jedoch besteht vorläufig für den Reichsarbeitsminister noch keine Möglichkeit zu einem direkten Eingreifen. Vielmehr ist nach den aus dem Ruhrbergbau vorliegenden Meldungen damit zu rechnen, daß die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich alsbald zu neuen Verhandlungen zusammenfinden werden und daß es dann dem Schlichter ermöglicht wird, auf einen Schlichtungsplan am 7. Januar hinzuwirken. Für den Augenblick besteht aber der tarifliche Zustand, weil es dem Schlichter nicht möglich war, seinerseits den Standpunkt einer der beiden Parteien anzuerkennen und auf dieser Basis einen Schlichtungsplan zu fassen.

Es wird eine Prüfung der Arbeitgeber nach einer Zuführung von 1000 Prozent und der Arbeitnehmer, jede Sitzung abzulehnen, werden natürlich nicht anerkannt werden können. Aber es besteht Aussicht darauf, daß bei weiteren Verhandlungen eine Einigung etwa auf der Grundlage einer schrittweisen Abtragung — also ähnlich wie letztendlich in der Berliner 3. Industriekongress — herbeigeführt werden kann. Die Streikverträge ist zwar noch nicht völlig befristet, wird aber im Augenblick nicht als bedrohlich empfunden.

Der Reichsarbeitsminister für den Bergbau-Schiedspruch für die mittelrheinischen Braunkohlenbergbau wird verbindlich erklärt.

Fast noch schwerer für als die Übung der rein militärischen Aufgaben vor aber die neue Reichswehr das Problem, sich in den neuen Staat wirklich einzufügen. Die militärischen Gelingen, in denen aus Reiten der alten Armeo und neuangehenden Fremdwörterinformationen zunächst das 200.000-Mann-Heer und fünf darauf das 100.000-Mann-Heer aufgestellt werden mußte, fanden noch alljährlich im Zeichen des Krieges, im Zeichen einer Epoche, in der der Appell an Waffen und Gewalt alles behobte hatte, als daß die Eingliederung des neuen Heeres in das noch unvollständiger neue Staatswesen ohne Schwierigkeiten hätte vorübergehen können. Vier Jahre Krieg hatten in sehr vielen Volksteilen die Stellung zum Soldaten, wie fast die des Bitterbundsmitgliedens, fast verloren. Die neue Armeo konnte nicht auf ihre alte Stellung in Deutschland zurückgreifen; sie mußte nicht nur ihre eigene Organisation neu aufbauen, sie mußte auch zum deutschen Volk ein neues Verhältnis schaffen.

Alle militärische Tradition hat den Führern der Reichswehr ihre militärischen Aufgaben erleichtert. Für die politischen — wenn man sie so nennen will — letzte es an Schlichtung, unbestimmten Taten von beiden Seiten war die Folge. Freier von beiden Seiten erforderten das Zusammenarbeiten von Volk und Wehrmacht; und wenn heute aus dieser Teil der Aufgaben der deutschen Reichswehr seine Lösung schon ein beträchtliches Stück nähergekommen ist, so ist die Erfüllung an dem Tage, an dem die Wehrmacht auf zehn Jahre Arbeit zurückblicken kann, vielleicht die erfreulichste.

Gründlich in allererster Linie ist die Reichswehr selber, die über diese Aufgaben der Wehrmacht. In dem Falle der bittersten Notwendigkeit, niemals lösen kann, wenn nicht das deutsche Volk in seiner Gesamtheit innerlich mit dem Heere verbunden ist. Nur in diesem Sinne ist das kleine deutsche Berufsheer ein Stamm, ein Kern. Heute mit im Ausland oft von dem deutschen Raub-Heer gesprochen. Im militärischen Sinne ist das falsch, und zu bezeugen, wie sie der ehemalige Reichsarbeitsminister Dr. Götter in der „Berlinerischen Zeitung“ hat, daß nämlich die Pflicht der Reichsregierung bei der Organisation der Wehrmacht nur die sein konnte, den Kern einer militärischen Organisation zu schaffen, sind nur dazu angelegt, diese von den Abhängigkeitsgegnern in aller Welt genährte falsche Vorstellung zu befeuern.